



Raus aus Öl und Atom – rein in neue Energien:

Der Grüne Anti-Atom-Fonds

Die Finanzierung der Energiewende

Vorlage für den Bundesvorstand

Abg. z. NR. Dr. Eva **Glawischnig**, stv. Bundes- und Umweltsprecherin

11. August 2006

Der Grüne Anti-Atomfonds – Die Finanzierung der Energiewende

Eva Glawischnig, stv. Bundes- und Umweltsprecherin der Grünen, 11.8.2006

Zusammenfassung

Es ist höchste Zeit für eine Energiewende. Der Atomausstieg und das Ende der Subventionen für die Atomenergie haben - nicht zuletzt angesichts der jüngsten Störfälle in Schweden und Tschechien - absolute Top-Priorität. Die stark steigenden Öl- und Gaspreise führen in eine Energiekrise mit negativen sozialen Auswirkungen. Die breite Forcierung erneuerbarer Energien ist daher ein Gebot der Stunde. Eine Energieeffizienz-Offensive soll – ohne Komfortverlust – den verschwenderischen Umgang mit Energie beenden. Nicht zuletzt machen die zunehmend katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels (Stichwort: Überflutungen, Hitzeperioden) eine rasche Energiewende unumgänglich.

Mit der Einrichtung eines Anti-Atom-Fonds wird ein zentrales Finanzierungsinstrument für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Österreich geschaffen. Der Fonds soll ab 2007 mit 280 Millionen Euro pro Jahr dotiert sein, das Fonds-Volumen bis 2010 jährlich um ca. 80 Millionen Euro steigen. In den vier Jahren 2007 bis 2010 sollen insgesamt ca. 1,6 Milliarden Euro in folgenden Bereichen investiert werden:

1. Energieeffizienzmaßnahmen
2. Ausbau erneuerbarer Energien
3. Thermische Gebäudesanierung
4. Klimaschutzprogramme
5. Energieforschungsoffensive
6. Energiepartnerschaften mit Mittel- und Osteuropa

Der Anti-Atomfonds hilft, die hohe und riskante Abhängigkeit von teuren Öl- und Gasimporten zu reduzieren und verringert die Atomstromimporte nach Österreich. Durch die Unterstützung von Energiewendeprojekten in Mittel- und Osteuropa leistet der Fonds einen wichtigen Beitrag für den Atomausstieg. Gleichzeitig werden die durch den Fonds finanzierten Maßnahmen und Projekte ein vielfaches an Investitionen in Österreich auslösen und damit zehntausende Arbeitsplätze schaffen und die österreichische Wirtschaft ankurbeln.

Der Fonds soll die Energiewende in Österreich mit folgenden Zielen für die kommenden zwei Legislaturperioden (2007 – 2015) unterstützen:

- Energieeffizienz ohne Komfortverlust: Der derzeit stark steigende Stromverbrauch soll um 1 % pro Jahr reduziert werden und bis 2010 stabilisiert werden. Im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Bereich soll der Verbrauch elektrischer Energie bis 2015 ohne Komfortverlust um 20% gesenkt werden.
- Erneuerbare Energien: Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll von derzeit 62% bis 2010 EU-konform auf mindestens 78% gesteigert werden und bis 2015 weiter, auf 85% angehoben werden.
- Ökowärme: Ein Umstellungsprogramm soll bis 2015 500.000 Ölheizungen durch Pelletsheizungen und Solaranlagen ersetzen. Bis 2015 soll die Energiewende im Raumwärmebereich bewirken, dass zwei Drittel der Heizenergie für Haushalte und Büros aus Holz (Pellets, Hackschnitzel, etc.), Sonne (Solaranlagen) und Fernwärme aus Abwärme und Erneuerbaren gedeckt werden.
- Energiesparende Gebäude: Offensive bei der Althausanierung (Thermische Sanierung). Steigerung der Althaus-Sanierungsrate von 1% auf 3%.

Finanzierung der Energiewende

In den Bereichen Umweltförderung, Energieforschung, Klimaschutzprogramme und Energiepartnerschaften sollen die bisher eingesetzten Mittel kräftig aufgestockt werden. Im

Bereich Energieeffizienz soll ein neues Finanzierungsinstrument geschaffen werden. Die Mittel für den Anti-Atomfonds sollen aus folgenden Quellen aufgebracht werden:

- Zweckbindung eines Teils der bestehenden Wohnbaufördermittel.
- Zweckbindung eines Teils des Aufkommens aus der ökologisch-sozialen Steuerreform
- Zweckbindung eines Teils des Aufkommens aus der Energieabgabe
- Verwendung der zusätzlichen Einnahmen der Mehrwertsteuer auf Öl und Ölprodukte nach dem Anstieg des Ölpreises.

Neue Atom-Offensive

Die Atomlobby plant eine neue Offensive in Europa. In Großbritannien will neue AKW bauen, Polen denkt über den Einstieg in die Atomkraft nach, in Deutschland wollen die Unionsparteien den Wiedereinstieg in die Atomenergie und auf dem jüngsten G8-Gipfel wurde die Bedeutung der Kernenergie unterstrichen. Russland will seine Nuklear-Aktivitäten in einem staatlichen Großkonzern zusammenführen und drängt auf den europäischen Markt.

Die Atomrenaissance würde auch Österreich treffen. Österreich ist schon heute von 39 Atomkraftwerken umzingelt. In Tschechien (Standort Temelin), Slowakei (Standort Mochovce), Slowenien (Standort Krsko), Ungarn (Laufzeitverlängerung AKW Paks) sollen zahlreiche neue Atomkraftwerke gebaut werden.

Der – auch von Österreich mitgetragene - Beschluss für das neue EU-Atomforschungsprogramm sieht eine Aufstockung der Atomforschungsmittel auf 4 Mrd. Euro vor. Dass diese Mittel nur der Sicherheit dienen sollen, ist ein Etikettenschwindel. Es geht auch um die Entwicklung neuer Reaktoren. Mit der Zustimmung zu neuen Atommilliarden und dem beharrlichen Schweigen zu den Ausbauplänen an Österreichs Grenzen machen sich Bundeskanzler Schüssel und die ÖVP zu Handlangern der Atomlobby.

Der schwere Störfall im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark und die Störfallserie im AKW Temelin haben in den letzten Tagen verdeutlicht, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Daran hat sich seit der Atomkatastrophe von Tschernobyl vor 20 Jahren nichts geändert. Die derzeit von der Atomlobby in weiten Teilen Europas geplante Renaissance der Atomkraft muss gestoppt werden. Den zahlreichen Atom-Ausbauplänen an Österreichs Grenze muss entschieden entgegengetreten werden. Die Subventionen für die Atomindustrie müssen abgeschafft werden.

Kein Geld aus Österreich für die Atomindustrie

Obwohl Österreich selbst keine Atomkraftwerke betreibt, ist es doch über die EU und über internationale Organisationen an der Finanzierung der Atomindustrie beteiligt. Österreichs Anteil an den letzten drei EU-Atomforschungsprogrammen beträgt insgesamt ca. 110 Mio. Euro. Österreichs Anteil am neuen EU-Atomforschungsprogramm daran beträgt mehr als 120 Mio. Euro. Zum Vergleich: Die im österreichischen Budget für „Energiepartnerschaften“ mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten zur Verfügung stehenden Mittel beliefen sich für die vier Jahre 2002 bis 2005 auf insgesamt vergleichsweise geringe 1,5 Millionen Euro.

Die bevorstehende Energiekrise in Europa

Die Ölpreise klettern von Rekord zu Rekord. Getrieben durch den Öldurst aufstrebender Wirtschaftsmächte wie China und Indien, verschärft durch die Krisen im Nahen Osten und nicht zu letzt verursacht durch die einsetzende Verknappung steuert der Ölpreis auf die 80-Dollar-Marke zu. 100 Dollar werden mittlerweile für die kommenden Monate für realistisch gehalten.

Gleichzeitig steigt der Energieverbrauch ungebremst an. Die Internationale Energieagentur prognostiziert einen Anstieg des Energieverbrauchs in Europa um 30% bis 2030. Ca. 80% des Energieverbrauchs der EU-25 basiert auf Öl, Gas und Kohle. Der fossile Anteil steigt weiter an, da die Verbrauchssteigerung den wachsenden Beitrag der erneuerbaren Energien

in Europa überkompensiert. Mit dem 15-prozentigen Anteil der Atomkraft in den EU-Staaten sind derzeit 94% der Energieversorgung der EU-25 aus fossilen oder nuklearen Quellen.

Die Importabhängigkeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nimmt weiter zu. Schon jetzt ist die Energieversorgung der EU zu knapp 50% von Importen abhängig. Die Importabhängigkeit bei Öl wird bei einer Fortsetzung der aktuellen Politik bis 2030 auf 94% ansteigen, jene bei Gas auf 84%. Derzeit wird ca. die Hälfte des EU-Erdgasverbrauchs durch drei Länder (Russland, Norwegen, Algerien) gedeckt. Der Gas-Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat die hohe auch politische Abhängigkeit offenbart. Hinzu kommt mit dem Alter der Kraftwerke ein weiterer Faktor. In den EU-15 Staaten werden im Jahr 2010 97% der thermischen Kraftwerke älter als 30 Jahre sein. Ohne Energiewende in Richtung Effizienz und erneuerbare Energie geht Europa seinen Weg weiter direkt in die fossile Abhängigkeit.

Auch im österreichischen Energiemix dominieren Öl, Gas und Kohle. Insgesamt haben die fossilen Energieträger im Jahr 2004 einen Anteil von 77,7 % am österreichischen Bruttoinlandsverbrauch. Die Importabhängigkeit der Österreichischen Energieversorgung beträgt 70%. Bei Erdgas ist Österreich zu 75 bis 80% von Importen abhängig, nur 20-25% werden aus eigener Förderung gedeckt. Die Importabhängigkeit konzentriert sich dabei stark auf Russland, das 60% des österreichischen Erdgases liefert. Bei Erdöl (93%) und Kohle (84%) ist die Importabhängigkeit noch deutlich höher als bei Erdgas. Die Energieimporte kommen Österreichs Volkswirtschaft immer teurer. Im Jahr 2004 betragen die Kosten für die Energieimporte bereits 8,2 Mrd. Euro. Österreichs Ölrechnung ist besonders hoch: Alleine für Rohöl und Mineralölprodukte betragen die Importkosten im Jahr 2004 vier Milliarden Euro.

Stichwort Nabucco-Pipeline: Kann der Iran zukünftig genügend Erdgas liefern?

Die Bundesregierung setzt bei Erdgas vor allem auf das neue milliardenschwere Nabucco-Pipeline-Projekt und verspricht dadurch eine Erhöhung der Versorgungssicherheit. Diese Strategie könnte sich als Trugschluss erweisen. Ob der große Hoffnungsträger Iran zukünftig genügend Erdgas nach Europa liefern kann ist mehr als zweifelhaft. Nicht in Europa aber im Iran selbst regen sich erste Zweifel. Während der offiziellen Eröffnungsfeier des Büros einer thailändischen Gasproduktionsfirma in Teheran, äußerte der stellvertretende iranische Ölminister Mohammad Nejad-Husseinian die Ansicht, dass Iran nicht genügend Erdgas für alle derzeit im Bau befindlichen Pipelines liefern können. Insbesondere die beiden Großprojekte "Nabucco" (nach Europa) und "Peace Pipeline" (nach Pakistan und Indien) werden nicht beide in voller Kapazität bestückt werden können. Sollte - aus politischen Gründen - die "Peace Pipeline" in voller Auslastung betrieben werden, gäbe es überhaupt kein Gas mehr um es nach Westeuropa zu liefern. Nejad-Husseinian sieht die einzige Lösung darin, dass beide Abnehmer ihren Lieferbedarf reduzieren. Andernfalls müsse der Preis den Lieferbedarf regeln. (Quelle: www.today.az)

Der Anti-Atomfonds

Der von den Grünen vorgeschlagene Anti-Atomfonds finanziert wesentliche Teil der Energiewende. Er verringert die Atomstromimporte nach Österreich, reduziert die teure Importabhängigkeit Österreichs von Öl und Gas und schützt das Klima. Gleichzeitig werden in Österreich zehntausende neue Arbeitsplätze geschaffen, Österreichs Wirtschaft wird belebt, Innovation und Forschung im Energiesektor forciert und das Geld für unsere Energieversorgung bleibt im Land. Die fünf Programmlinien des Anti-Atomfonds sollen ab 2007 mit 200 Mio. Euro finanziert werden. Die Mittel sollen bis 2010 schrittweise auf 350 Mio. Euro pro Jahr gesteigert werden:

1. Energieeffizienzmaßnahmen

Der Anti-Atomfonds schafft einen attraktiven Markt für Energieeffizienzdienstleistungen und ermöglicht die breite Umsetzung von Energieeffizienzprogrammen, die von den EnergiedienstleisterInnen zur Förderung beantragt werden. Sektorspezifische Programme für Industrie und Gewerbe, Dienstleistung und den Haushaltsbereich decken dabei das

ganze Spektrum der Effizienzpotentiale ab. Eine schrittweise Erweiterung des Aufgabengebietes des Fonds von Strom auf Gas und andere Energieträger wird angestrebt.

Durch den Fonds wird eine flächendeckende Energieberatung in Österreich auf hohem Niveau sichergestellt. Der Fonds erhält den gesetzlichen Auftrag, vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen beim Energiesparen zu unterstützen. Dadurch werden u.a. Markteinführungsprogramme zur Energieeffizienzsteigerung bei Geräten und Anlagen, Stromsparprogramme bei Haushalts- Bürogeräten und haustechnischen Anlagen und Aktivitäten zur Unterstützung des Contracting-Marktes gefördert.

-> 2010 sollen 100 Millionen Euro pro Jahr für Effizienzmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Während in Österreich der Begriff staatliche Energiesparprogramme noch ein Fremdwort ist, zeigen erfolgreiche Beispiele aus europäischen Ländern, was machbar ist. Seit 1992 sind die Energieunternehmen in Dänemark verpflichtet, ihren Kunden Einsparmaßnahmen anzubieten. Durch verpflichtende kostenlose Energieanalysen wurden im Schnitt rund 5% der untersuchten Energiemenge eingespart. Ein Stromsparfonds vergibt Fördermittel für jene Energieeffizienzprogramme mit den höchsten Einsparungen an Treibhausgasen. Von 1998 - 2001 wurden damit u.a. 17.000 Wohnungen von Elektroheizung auf Fernwärme umgerüstet und 24.000 ineffiziente Kühlschränke ersetzt.

Ein Stromsparfonds bietet in Großbritannien Starthilfen für Energieeffizienzmaßnahmen in Haushalten. Die Haushalte sparten sich rund 42 Euro pro Jahr an Stromrechnung. Energieunternehmen mit mehr als 15.000 Kunden wurden zu einer Steigerung der Energieeffizienz ihrer Haushaltskunden verpflichtet. Die Vorteile für die VerbraucherInnen überstiegen die Kosten für das jeweilige Programm durchschnittlich um das Vierfache. Haushalte, die energieeffiziente Geräte kauften, erhielten in den Niederlande Teile ihrer Ökosteuern rückvergütet. Damit konnte u.a. zwischen 1999-2001 der Marktanteil von Waschmaschinen der Effizienzklasse A von 40% auf 88% gesteigert werden.

2. Ausbau erneuerbarer Energien

Das erfolgreiche Ökostrom-Fördermodell soll – nachdem es von ÖVP und SPÖ zerschlagen wurde – wiederbelebt werden und in verbesserter Form einen weiteren, forcierten Ausbau von Ökostromanlagen sicherstellen:

- Das bisherige Modell einer generellen Abnahmepflicht für Ökostrom aus allen genehmigten Ökostromanlagen wird beibehalten und dadurch Planungs- und Investitionssicherheit für Anlagenbetreiber wieder hergestellt.
- Die mit der Ökostromgesetz-Novelle 2006 eingeführte Plafondierung der Fördermittel wird – analog dem deutschen EEG – aufgehoben.
- Durch Effizienzkriterien, wie sie etwa im deutschen Erneuerbaren Energien Gesetz verankert sind, werden die Kosten der Ökostromförderung in vertretbarem Rahmen gehalten und Innovation und Technologieentwicklung unterstützt.
- Die Laufzeit der Ökostromförderung wird auf 20 Jahre ausgedehnt.

Die Umweltförderung im Inland, aus der seit vielen Jahren erfolgreich die Umstellung von Betrieben auf erneuerbare Energieträger gefördert wird, soll bis 2010 (von derzeit ca. 80 Mio. Euro pro Jahr) schrittweise auf 120 Mio. Euro aufgestockt werden.

Ein Heizungstauschprogramm hilft in den kommenden zehn Jahren 500.000 Haushalten aus der Erdölfalle. Dazu werden eine halbe Million Häuser mit einer Kombination von modernen Pellets- oder Holzheizungen und Solaranlagen sowie Fernwärmeanschlüssen aus Abwärme und Erneuerbaren ausgestattet. Für Pellets- bzw. Biomasseheizungen werden – wo möglich - insbesondere Mikronetze mehrerer Wohneinheiten unterstützt. Haushalte mit niedrigem Einkommen werden besonders gefördert. Steuerungsinstrument ist die Wohnbauförderung.

3. Thermische Gebäudesanierung

Ebenfalls über die Wohnbauförderung soll die Sanierung von Althäusern forciert werden. Die Wohnbauförderung ist eines der stärksten finanziellen Instrumente zur Erreichung der Klimaschutzziele, zur Schaffung zehntausender neuer Arbeitsplätze und zur Forcierung des sozialen und ökologischen Wohnbaus. Die Wohnbaufördermittel der Länder belaufen sich auf ca. 2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Milliarde Euro an Förderung löst dabei ein Investitionsvolumen von ca. 2,5 Mrd. Euro aus.

Das WIFO hat das Investitionsvolumen im Bereich der thermischen Sanierung zur Erreichung des Kyoto-Ziels auf jährlich 530 Mio. Euro geschätzt. Dies bedeutet auf Basis der Förderintensität im Jahr 2000 einen zusätzlichen Förderaufwand von 200 Mio. Euro pro Jahr. Damit könnten jährlich 750.000 t CO₂-Emissionen und 120 Mio. € Energiekosten eingespart werden. Das WIFO rechnet in diesem Szenario mit der Schaffung von 11.400 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr.

-> Bis 2010 sollen die Mittel für die thermische Sanierung auf mindestens 200 Mio. Euro pro Jahr gesteigert werden.

4. Klimaschutzprogramme

Die BürgerInnen werden durch umfassende Informationskampagnen motiviert, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen. Die bestehende Kluft zwischen Forschung, Innovation und konkreter Anwendung soll verringert bzw. geschlossen werden.

Mit den bestehenden klima:aktiv Programmen des BMLFUW ist ein Rahmen für Maßnahmen im Bereich Wissenstransfer geschaffen worden, der jedoch auf Grund der zu viel zu geringen Dotation von ca. 3 Mio. Euro pro Jahr lediglich ein erster, noch zu kurz greifender Schritt ist. Für eine echte Energiewende sind diese Aktivitäten zu verstärken und die institutionellen Rahmenbedingungen auf neue Beine zu stellen. Dafür braucht es:

- langfristig gesicherte, bessere finanzielle Rahmenbedingungen für Energieberatung
- entsprechende institutionelle Kapazitäten, insbesondere bei der Energieberatung – in vielen Bundesländern und Gemeinden gibt es hier deutlich zu wenig Ressourcen
- stärkere Integration des Klimaschutzes in unser Aus- und Weiterbildungssystem, der über die derzeitigen Bildungsmaßnahmen im Rahmen von klima:aktiv hinausgeht. Letztlich braucht es deutlich höhere Budgetmittel für klimarelevante Transfermaßnahmen.

-> Die Mittel für die klima:aktiv Programme sollen bis 2010 schrittweise auf 15 Mio. Euro aufgestockt werden.

5. Energieforschungsoffensive

In einigen Bereichen haben einige österreichische Unternehmen dank der Innovationen vieler Pioniere schon eine weltweite Technologieführerschaft inne. Und zwar weitgehend trotz und nicht wegen der bisherigen politischen Rahmenbedingungen. Ziel der Energiewende ist es, innovative Modelle und Produkte der zukünftigen Energieversorgung zu entwickeln, und diese breitenwirksam dem Markt zuzuführen.

Die Energiewende legt einen breiten Schwerpunkt in Wissenschaft und Forschung. Es braucht insbesondere in der nachhaltigen Energieforschung Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, um Energiewendeprojekte zu forcieren. Dafür werden sowohl die finanziellen Ressourcen bereit gestellt, als auch neue Kapazitäten im Bereich Ausbildung, Universitäten, Forschungseinrichtungen und internationale Kooperationen entwickelt. Eine Bundes-Offensive in der Energieforschung legt Forschungsschwerpunkte und Impulse im Bereich Erneuerbarer Energien (z.B. Photovoltaik, Solare Kühlung, KWK, Smart Grids), Effizienztechnologien, Mobilität und Klimaforschung.

-> Im Rahmen der Energiewende soll eine schrittweise Aufstockung der Bundesmittel von derzeit 12 Mio. € auf jährlich 50 Mio. € bis 2010 erfolgen.

6. Energiepartnerschaften mit Mittel- und Osteuropa

Über Energiepartnerschaften werden Projekte zum Umstieg auf Erneuerbare Energien bzw. Energieeffizienz in den neuen EU-Staaten und weiteren mittel- und osteuropäischen Ländern finanziert, die so auch zum Atomausstieg beitragen sollen. Das große österreichische Know-how in diesem Bereich soll genutzt werden, um vor allem in jenen Staaten, die AKW betreiben, Alternativen zur Atomkraft durch konkrete Projekte zu forcieren. Dadurch profitieren auch österreichische Umwelttechnik-Firmen.

-> Die Mittel für die Energiepartnerschaften werden bis 2010 schrittweise auf 5 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt.

Anti-Atomfonds – Finanzübersicht 2007 bis 2010

(Angaben in Millionen Euro)

Fonds-Bereich	2007	2008	2009	2010	Summe 2007-2010
Energieeffizienz	50	80	100	100	330
Erneuerbare Energien –Umweltförderung: Aufstockung	90	100	115	130	435
Klimaschutz- Thermische Sanierung	120	150	170	200	640
Klimaschutz – klima:aktiv	5	8	12	15	40
Energieforschung	15	25	35	50	125
Energiepartnerschaften	3	4	6	8	21
Summe	283	367	438	503	1.591
Finanzierung ¹	2007	2008	2009	2010	Summe 2007-2010
Zweckbindung eines Teils des Ökosteueraufkommen ²	50	100	150	200	500
Zweckbindung eines Teils des Aufkommens der Energieabgabe ³	83	87	78	53	301
Zweckbindung eines Teils der Wohnbaufördermittel ⁴	100	130	160	200	590
Verwendung zusätzlicher Einnahmen aus Ölpreis- Anstieg ⁵	50	50	50	50	200
Summe	283	367	438	503	1.591

¹ Ein zusätzlicher Finanzbedarf jeweils gegenüber dem Stand von 2006 ergibt sich in den Bereichen Energieeffizienz (+ 100 Mio. Euro in 2010), Umweltförderung (+ 50 Mio. Euro in 2010), klima:aktiv (+ 12 Mio. Euro in 2010), Energieforschung (+38 Mio. Euro in 2010) und Energiepartnerschaften (+7 Mio. Euro). Ansonsten handelt es sich um Umschichtungen bzw. Zweckbindungen vorhandener Mittel.

² Das Grüne Modell einer aufkommensneutralen ökologisch-sozialen Steuerreform sieht eine schrittweise Steigerung des Umschichtungsvolumens (Senkung der Lohnsummensteuern, Anhebung der Steuern auf fossile Energieträger) von 3 Mrd. Euro im Vollausbau nach vier Jahren vor. 200 Millionen sollen für Klimaschutzmaßnahmen zweckgebunden werden. 2,8 Mrd. Euro werden an die Wirtschaft (Senkung Lohnsummensteuern) und an die Haushalte (Ausbezahlung eines Ökobonus) zurückgegeben.

³ Elektrizitäts- und Erdgasabgabe; Gesamtaufkommen 2004: 736 Mio. Euro

⁴ Die Wohnbaufördermittel der Länder belaufen sich auf ca. 2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Milliarde Euro an Förderung löst dabei ein Investitionsvolumen von ca. 2,5 Mrd. Euro aus. Die Mittel für die thermische Sanierung von Althäusern sollen um die jeweils angeführten Beträge aufgestockt werden.

⁵ Laut Angaben des ÖAMTC bescheren die explodierenden Spritpreise dem Finanzminister im Jahr 2006 Jahr Mehrwertsteuer-Mehreinnahmen von 150 Mio. Euro. Die OMV wird nach derzeitigen Schätzungen heuer einen Gewinn von 1,2 Mrd. Euro erzielen, aber lediglich 237 Mio. Euro an die Aktionäre weitergeben. Die ÖIAG als 31,5 Prozent Eigentümer erhält davon 75 Mio. Euro, netto (ohne KEST) 60 Mio. Euro.